

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 16.09.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Raum, Ort: Verw.Geb. Mozartstraße Raum 207, Mozartstraße 2-10, Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Hilde Scheidt	anwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Tobias Grundmann	anwesend
Bastian Reiners	anwesend
Peter Tillmanns	anwesend
Karin Schmitt-Promny	anwesend
Tobias Benedikt Tillmann	anwesend
Nadine van der Meulen	anwesend
Karl Simons	anwesend
Jonas Török	anwesend
Margret Vallot	anwesend
Roswitha Frenzel	anwesend
Hans-Jürgen Bengner	anwesend
Eva Maria Birkenbusch	anwesend
Luisa Hoffmann	anwesend
Horst Kreutz	anwesend
Benno Pauls	anwesend
Gisa Haring	anwesend
Julia Rejf	anwesend
Suzanne Brantin	anwesend
Heinrich Brötz	anwesend
Patrick Lehnen	Vertretung für: Mara Mendes
Bernd Schwarze	anwesend

Mitarbeiter der Verwaltung

Name	Bemerkung
Janina Backhaus	anwesend
Horst Hütten	anwesend
Andre Kaldenbach	anwesend
Monika Krüger	anwesend
Sarah Kuchenbecker	anwesend
Daniel Pankrath	anwesend
Beate Traeger	anwesend

Schriftführung

Name	Bemerkung
Melanie Olbertz	anwesend

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Lukas Krott	entschuldigt
Kriminalhauptkommissar Peter Arz	entschuldigt
Carsten Brehm	entschuldigt
Astrid Brokmann	entschuldigt
David Janecek	entschuldigt
Mara Mendes	entschuldigt
Dr. Robert Neugröschel	entschuldigt
Thomas Weinen	entschuldigt
Dr. Simone Köster	entschuldigt

Gäste:

Arnold Schweden (AG Behindertenhilfe)
Anja Salmassi (Marienhospital)
Carina Pejovic (Marienhospital)
René Kistermann (SEGA)
Anna Roder (GGs Richterich)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.07.2025	
3	Vorstellung der Babyklappe des Marienhospitals Es wird mündlich berichtet.	
4	BASA Dual Ergänzend wird mündlich berichtet. Die Unterlagen wurden nachgereicht.	FB 45 n/0041/WP18
5	Mehr Grünflächen und Spielflächen Antrag des Schülerparlaments der GGS Richterich für das Kinderforum	FB 36/0598/WP18
6	Altstadtquartier Büchel hier: Ausführungsbeschluss 1. Bauabschnitt (Phasen I und II) für Frei- und Verkehrsflächen auf städtischen Flächen und Kenntnisnahme der Ausführungsplanung auf den Flächen der SEGA	FB 36/0604/WP18
7	Aachener Bäche sichtbar und erlebbar machen in Klappergasse und Rennbahn; Vorstellung der aktuellen Planung	FB 61/1089/WP18
8	Antrag der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg, Förderkreis Karlsgau Aachen e.V. auf Bezuschussung der Sanierung der Elektroinstallation des Pfadfinderhauses in Hauset gemäß Position 40 Stadtjugendplan	FB 45 n/0037/WP18
9	Antrag des Aachener Jugendrings auf Ersatzbeschaffung eines Anhängers für den Traktor sowie einer Holzbank für den Außenbereich des Jugendzeltplatzes gemäß Position 40 Stadtjugendplan	FB 45 n/0038/WP18
10	Sachstand zum Erzieherischen Kinder- und Jugendmedienschutz	FB 45 n/0036/WP18
11	Vormundschaften und Pflegschaften - Stellungnahme zum Antrag der Verbände Arbeiterwohlfahrt e.V., Katholischer Verein für soziale Dienste in Aachen e.V. (SKM) und Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SKF) auf Änderung der Leistungsvereinbarung Vormundschaften / Pflegschaften für Minderjährige	FB 45 n/0040/WP18
12	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Scheidt, eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie stellt zur Abstimmung, den Punkt „Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.07.2025“ als neuen TOP Ö2 aufzunehmen. Die Niederschrift sei im Vorfeld an die Ausschussmitglieder versandt worden und sei zudem im Ratsinformationssystem einsehbar. Über die Aufnahme des TOPs herrscht Einvernehmen.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.07.2025 ungeändert beschlossen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 1 Enthaltung

Zu 3 Vorstellung der Babyklappe des Marienhospitals

Frau Salmassi, Bereichsleiterin Geburtshilfe und Gynäkologie/Pflege und Leiterin des Leitung Hebammenzentrums im Marienhospital Aachen, stellt die Babyklappe anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Frau Scheidt dankt Frau Salmassi für die Ausführungen. Es handele sich um ein wichtiges Angebot und der Vortrag habe nochmals die Bedeutsamkeit betont.

Frau Vallot erkundigt sich danach, ob dem Marienhospital die persönlichen Daten der Frau bei einer vertraulichen Geburt bekannt seien und wie das Kind diese mit 16 Jahren in Erfahrung bringen könne.

Frau Salmassi verneint dies. Das Marienhospital behandele die Frau unter einem Pseudonym, dieses werde von ihr auch bei den Beratungsgesprächen und Untersuchungsterminen genutzt. Dem Krankenhaus sei lediglich bekannt, dass es sich um eine vertrauliche Geburt handle. Die persönlichen Daten der Frau seien bei den Institutionen hinterlegt, bei der die Beratung stattgefunden hätten, wie beispielsweise bei Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen.

Auf Nachfrage von Frau Scheidt bestätigt Frau Salmassi, dass es auch eine intensive Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Jugend und Schule, u.a. mit dem Team Vormundschaften gebe. Die Kontaktdaten des Fachbereiches seien auch in der veröffentlichten Informationsbroschüre enthalten.

Herr Grundmann ergänzt, dass der Fachbereich Jugend und Schule über die Inobhutnahme und die Übernahme einer Vormundschaft Möglichkeiten habe, Entscheidungen für das abgegebene Kind zu treffen. Gleichzeitig könne es vorkommen, dass der Gesundheitszustand des Kindes dringende Behandlungen erfordere, im Notfall auch ohne vorherige Zustimmung des Jugendamtes.

Dies wird von Frau Salmassi bestätigt. Nach Möglichkeit werde die Vormundschaft frühestmöglich geregelt. In Notfallsituationen handle das Marienhospital allerdings zum Wohl des Kindes, gegebenenfalls auch vor Übernahme der Vormundschaft.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Anlage 1 Babyklappe Vortrag Jugendamt September 2025_Salmassi

**Zu 4 BASA Dual
zur Kenntnis genommen
FB 45 n/0041/WP18**

Frau Henshen, Fachbereich Jugend und Schule (FB 45), stellt den dualen Studiengang Bachelor Soziale Arbeit (BASA dual) anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Frau Scheidt dankt Frau Henshen für den Vortrag. Bei dem Angebot handle es sich ihrer Ansicht nach um einen guten Schritt zur Fachkräftegewinnung.

Frau van der Meulen schließt sich dem Dank an. Auch sie bewerte das Angebot als eine gute und solide Grundlage. Bezugnehmend auf die an den Studiengang anschließende fünfjährige Bleibeverpflichtung für die Studierenden erkundigt sie sich nach den Auswirkungen, falls eine Person doch vor Ablauf dieser fünf Jahre das Tätigkeitsfeld verlassen möchte. Sie fragt sich, ob nicht auch eine dreijährige Bleibeverpflichtung ausreichend sei.

Frau Henshen erläutert, dass dies eine häufig gestellte Frage sei, ihr die konkreten Gründe für die festgelegte Anzahl der Jahre aber nicht bekannt seien. Sie selbst sei sehr überzeugt von dem Angebot und die Dauer der Bleibeverpflichtung. Die Studierenden würden eine enge Begleitung und Anleitung erhalten, zudem ein Ausbildungsgehalt, die Semestergebühren würden von der Stadt Aachen übernommen. Auch wenn sie sich in ihren Tätigkeitsfeldern ausprobieren könnten, müssten sie keine Fallverantwortung übernehmen, somit hätten sie ein Sicherheitsnetz. Hierfür stelle die Stadt Aachen sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen. Bei den finanziellen Mitteln handle es sich um öffentliche Gelder, mit denen die sehr bewusst umgegangen werden müsse. Daher sei es folgerichtig, dass die Studierenden zunächst in der Verwaltung selbst eingesetzt würden, um den Aufwand zu rechtfertigen.

Frau Schmitt-Promny dankt Frau Henshen ebenfalls für die Erläuterungen. Ihrer Ansicht nach sei dies ein sehr überzeugendes Modell, bei dem sie auch Ähnlichkeiten zur praxisintegrierten Ausbildung („PiA“) im KiTa-Bereich sehe. Der erste Jahrgang habe nun das erste Studienjahr beendet. Daher erkundigt sie sich zum einen nach eventuellen Rückmeldungen der Studierenden zum Angebot. Zum anderen interessiere sie, ob die Studierenden am Ende des Studiums – trotz des Sicherheitsnetzes durch die Fachkraft – trotzdem eigene Fälle bearbeiten könnten. Sie befürchte andernfalls, dass ein Praxisschock einsetzen könne.

Frau Henshen berichtet, dass die bisherigen Reaktionen der Studierenden durchaus positiv seien und sie sich mit dem Angebot und der Stadt Aachen identifizieren könnten. Sie könnten nach Möglichkeit, auch bereits vor dem 6. Semester, eigene Fälle bearbeiten, allerdings seien sie nicht dafür hauptverantwortlich.

Herr Simons erkundigt sich danach, ob Studierende, die den Studiengang abbrechen würden, zumindest anteilig entstandene Kosten zurückerstatten müssten.

Frau Henshen erläutert, dass es vertragliche Ausstiegsklauseln gebe, die allerdings auch beispielsweise soziale

Härtefälle berücksichtigen würden. Bei einem vorzeitigen Wechsel oder Ausstieg aus dem Studiengang müssten die Studierenden in der Regel anteilig die übernommenen Semesterbeiträge sowie das Gehalt gestaffelt zurückzahlen.

Frau Hoffmann berichtet für die Paritätische Kreisgruppe, dass die freien Träger das Konzept befürworten und nach Möglichkeit auch in die Trägerlandschaft übertragen wollen würden, um Nachwuchs ausbilden und halten zu können. Hier regt sie an, dass die Akteure gemeinsam ein entsprechendes Konzept erarbeiten.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Anlage 1 250916_KJA_BASA dual_KH

Zu 5 Mehr Grünflächen und Spielflächen
Antrag des Schülerparlaments der GGS Richterich für das Kinderforum
zur Kenntnis genommen
FB 36/0598/WP18

Frau Scheidt begrüßt Frau Hennes (Schulsozialarbeiterin an der GGS Richterich) und Frau Roder (Referendarin an der GGS Richterich) und Frau Roß-Kark (Fachbereich Klima und Umwelt – FB 36), die für Rückfragen an der Sitzung teilnehmen.

Frau Schmitt-Promny berichtet, dass die Fraktion Die Grünen die Vorlage, die auch bereits im Kinderforum am 09.07.2025 beraten worden sei, erfreut zur Kenntnis genommen habe. Die Erläuterungen würden zeigen, dass die Anliegen der Kinder ernst genommen worden seien. Ob und inwieweit diese umgesetzt werden könnten, müsse noch geprüft werden. Da die Schülerinnen und Schüler nicht an der heutigen Sitzung hätten teilnehmen können, regt sie an, dass eine Vertretung des Ausschusses mit den Schüler*innen in der Schule ins Gespräch gehen solle.

Frau van der Meulen bedankt sich ebenfalls für die Vorlage und schließt sich dem Vorschlag von Frau Schmitt-Promny an. Das Kinderforum biete einen guten Rahmen, um den Kindern Gehör zu verschaffen und sich einzubringen. Sie hätte sich lediglich gewünscht, selbst das Wort erteilt zu bekommen.

Frau Scheidt erläutert, dass dies aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen sei. Ein gutes Beispiel für eine gelungene Beteiligung von Bürger*innen aller Altersgruppen sei die Realisierung des urbanen Gemeinschaftsgartens „Hirschgrün“ in der Innenstadt gewesen. Auf der Fläche sei eine Turnhalle geplant gewesen aber die Akteure hätten sich zur sogenannten Initiative Urbane Gemeinschaftsgärten Aachen e.V. zusammengeschlossen und sich für die alternative Nutzung eingesetzt. Dieses Beispiel könne Kindern und jungen Menschen verdeutlichen, dass eigene Anregungen weiterverfolgt werden könnten und sollten. Eine Anlaufstelle sei stets die Bezirksvertretung vor Ort, welche die Anregungen weiterleiten könnten. Es sei wichtig, Kindern zu zeigen, dass sie nicht nur gehört, sondern dass ihre Ideen geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt würden. Hierbei seien bereits kleinere Veränderungen von großer Bedeutung.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 6 Altstadtquartier Büchel

hier: Ausführungsbeschluss 1. Bauabschnitt (Phasen I und II) für Frei- und Verkehrsflächen auf städtischen Flächen und Kenntnisnahme der Ausführungsplanung auf den Flächen der SEGA zur Kenntnis genommen FB 36/0604/WP18

Frau Scheidt begrüßt Herrn Kistermann (SEGA) und Frau Roß-Kark (Fachbereich Klima und Umwelt – FB 36), die für Rückfragen anwesend sind. Sie weist zudem auf die geänderten Beschlüsse des Ausschusses für Umwelt und Klima vom 02.09.2025, des Mobilitätsausschusses vom 04.09.2025 und des Planungsausschusses vom 11.09.2025 sowie die dazugehörigen Empfehlungen der Kommission Barrierefreies Bauen hin (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Frau Hoffmann erläutert, dass die Paritätische Kreisgruppe es begrüße, wenn sich junge Menschen künftig auch weiterhin am Büchel willkommen fühlen würden und der Ort attraktiv bleibe, gerade in den Abendstunden.

Frau Schmitt-Promny lobt die Einplanung von Wasserflächen, weist allerdings darauf hin, dass diese insbesondere für kleinere Kinder eine Gefahrenquelle seien. Sie betont daher die Wichtigkeit, diese Wasserflächen entsprechend zu sichern.

Frau Vallot ergänzt, dass der Platz auch für Familien mit Kinderwagen zugänglich sein müsse.

Frau Scheidt erläutert, dass die Fläche barrierefrei geplant werde, hierfür habe sich auch die Kommission Barrierefreies Bauen eingesetzt. Aufgrund dessen hätten die eingangs benannten Gremien ihre jeweiligen Beschlüsse abgeändert, um dies zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung und die Planungsinhalte für das Altstadtquartier Büchel zur Kenntnis.

Anlage 1 Geänderte Beschlüsse zum TOP Altstadtquartier Büchel
Anlage 2 250902 AUK Protokollauszug KBB zu AUK am 02-09-2025

Zu 7 Aachener Bäche sichtbar und erlebbar machen in Klappergasse und Rennbahn; Vorstellung der aktuellen Planung ungeändert beschlossen FB 61/1089/WP18

Frau Scheidt begrüßt Frau Roß-Kark (Fachbereich Klima und Umwelt – FB 36), die für Rückfragen anwesend ist. Sie weist auf den geänderten Beschluss des Planungsausschusses vom 11.09.2025 hin (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem), ergänzt allerdings, dass die aufgenommene Empfehlung zum Türelüre-Liße Brunnen nicht den Kinder- und Jugendausschuss betreffe.

Herr Tillmanns führt aus, dass sich der Rat bereits seit vielen Jahren mit dem Projekt befasse. Die Ausführung stehe nun kurz bevor. Er lobt die aus seiner Sicht sehr gute Planung und hoffe auf eine zügige Umsetzung.

Frau Vallot erkundigt sich danach, aus welchem Grund der Kinder- und Jugendausschuss die Ergänzung des Planungsausschusses zum Brunnen nicht ebenfalls berate und gegebenenfalls mit in den eigenen Beschluss aufnehme.

Frau Scheidt erläutert, dass dies nicht in die Zuständigkeit des Kinder- und Jugendausschusses falle. Da der Brunnen denkmalgeschützt sei, seien die Bezirksvertretung Aachen-Mitte und der Planungsausschuss dafür zuständig, diese Empfehlung an den entscheidenden Mobilitätsausschuss weiterzugeben.

Frau Roß-Kark weist darauf hin, dass es in Kürze auch nochmals eine Vorlage zu dem Thema geben werde.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Mobilitätsausschuss die Verwaltung mit der Vertiefung der Gestaltungs- und Verkehrsplanung und der Vorbereitung des Ausführungsbeschlusses auf Grundlage der vorgestellten Unterlagen zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Anlage 1 Geänderte Beschlüsse zum TOP Aachener Bäche
Anlage 2 250902 AUK Protokollauszug KBB zu AUK am 02-09-2025

**Zu 8 Antrag der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg, Förderkreis Karlgau Aachen e.V. auf Be-
zuschussung der Sanierung der Elektroinstallation des Pfadfinderhauses in Hauset gemäß
Position 40 Stadtjugendplan
 ungeändert beschlossen
 FB 45 n/0037/WP18**

Herr Török erläutert, dass die Fraktion Die Grünen dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zustimmen werde. Er betont, dass es sich bei dem Pfadfinderhaus um ein sehr gutes Angebot handele, dessen Erhalt unterstützt werden solle.

Herr Tillmanns schließt sich Herrn Török an. Auch wenn sich das Haus nicht im Stadtgebiet Aachen, sondern in Hauset, befinde, werde dort verbandsübergreifende Jugendarbeit geleistet, wo Freizeit und Bildung vereint werde. Die Anzahl der Selbstversorgerhäuser, zu denen das Pfadfinderhaus ebenfalls zähle, gehe immer weiter zurück. Es gelte daher, sie zu stärken.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dem Antrag des Förderkreises Karlgau Aachen e.V. der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg auf Gewährung einer Förderung zur Sanierung der Elektroinstallation des Pfadfinderhauses in Hauset gemäß Pos. 40 Stadtjugendplan in Höhe von 19.178,30 Euro stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Zu 9 Antrag des Aachener Jugendrings auf Ersatzbeschaffung eines Anhängers für den Traktor
sowie einer Holzbank für den Außenbereich des Jugendzeltplatzes gemäß Position 40 Stadt-
jugendplan
 ungeändert beschlossen
 FB 45 n/0038/WP18**

Herr Bengner verlässt aufgrund von Befangenheit den Beratungstisch.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, dem Antrag des Aachener Jugendrings auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 658,20 Euro zur Anschaffung eines gebrauchten Traktoranhängers und einer Außenholzbank für den Jugendgruppenzeltplatz stattzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Zu 10 Sachstand zum Erzieherischen Kinder- und Jugendmedienschutz
zur Kenntnis genommen
FB 45 n/0036/WP18**

Herr Grundmann unterstreicht die Wichtigkeit der heutigen Vorlage. Beim erzieherischen Kinder- und Jugendmedienschutz handele es sich um ein sehr präsent Thema in der Jugendarbeit. Er betont, dass die Vorlage vieles nur anreißen können und die Verwaltung auf Multiplikation setze. In der Verwaltung sei lediglich eine halbe Stelle für die Bearbeitung des Themenfeldes vorhanden. Er weist darauf hin, dass sich die Themen nicht mit denen des Euregionalen Zentrums für digitale Bildung vermischen würden. Die Tätigkeit finde vorrangig in der offenen Kinder- und Jugendarbeit statt. Gleichzeitig ende die Nutzung von Medien bzw. Social Media nicht nach der Schule. Junge Menschen bräuchten dringend eine Begleitung. Auch hier setze die Verwaltung darauf, eng mit den Eltern und den Akteuren in den Institutionen zusammenzuarbeiten.

Frau Schmitt-Promny dankt der Verwaltung für die Vorlage. Sie habe die Einrichtung der halben Stelle erfreut zur Kenntnis genommen, es sei angedacht, eine weitere im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beantragen. Es handele sich um ein gravierendes Thema in der Begleitung von jungen Menschen, sie befürworte auch den Einbezug der Eltern. Ihrer Ansicht nach wäre es jedoch sinnvoller bei den Frühen Hilfen angesiedelt. Sie bekräftigt, dass die Medien zwar durchaus Potenziale bergen würden, dennoch benötige es einen reflektierten Umgang, auch von Seiten der Erwachsenen. Sie wünsche sich zudem eine Diskussion über mögliche Handyeinschränkungen oder -verbote in Schulen. In anderen Ländern sei darüber hinaus eine Rückführung der digitalen Unterrichtseinheiten zu beobachten.

Herr Tillmanns bekräftigt, dass es sich um ein ernstes Thema handele. Für ihn sei es erstaunlich und er lobe daher ausdrücklich, welch breites Spektrum nur mit einer halben Stelle bearbeitet werde. Die Überlegung hinsichtlich weiterer Stellenkontingente müsse mit in die Haushaltsberatungen genommen werden. Das Thema werde alle Beteiligten die nächsten Jahre weiter beschäftigen. Er sehe daher einen zunehmenden Bedarf.

Frau van der Meulen schließt sich dem Dank für die Vorlage an. Sie befasse sich selbst im privaten Kontext mit den Themen KI, Cybermobbing, usw. Auch aufgrund dessen unterstütze sie die Wichtigkeit des Schutzes von Kindern im Umgang mit sozialen Medien und die aufgeworfene Anregung, die personellen Ressourcen in der Verwaltung aufzustocken.

Herr Kreutz berichtet aus der praktischen Arbeit der Jugendhilfe und weist darauf hin, dass alle Akteure auch kurzfristig überlegen müssten, wie Kinder und junge Menschen unterstützt und geschützt werden könnten. Er beobachte teilweise eine Hilflosigkeit in gewissen Situationen.

Frau Scheidt verdeutlicht, dass die Erwachsenen und insbesondere die Eltern eine Vorbildfunktion innehätten. Die Verwaltung könne Lehrkräfte, Sozialarbeitende und andere Akteure in der Jugendhilfe unterstützen aber ohne die Eltern könne das Problem nicht gelöst werden.

Herr Török berichtet, dass auch er im ehrenamtlichen Umgang mit Kindern, wie beispielsweise bei Jugendfahrten, teilweise an seine Grenzen stoße. Die Entwicklung der sozialen Medien sei derart schnelllebig, er sehe daher auch die Wichtigkeit, Kinder zu begleiten und dahingehend zu schützen, dass sie zum einen davor gewappnet seien, Opfer zu werden, und zum anderen nicht selbst zu Täter*innen würden.

Frau Hoffmann ergänzt, dass der Kinderschutzbund bereits im Kontakt mit der Verwaltungskraft stünde. Sie informiert über eine landesweite Kampagne gegen Cybergrooming am 01.10.2025 in Köln. Anmeldungen seien bis zum 24.09.2025 möglich.

Herr Lehnen erkundigt sich danach, wie eine halbe Stelle wirksam agieren könne.

Frau Krüger erläutert, dass zum einen Gremienarbeit geleistet werde, deren Mitglieder wiederum Multiplikator*innen seien. Zum anderen suche die Kollegin die jungen Menschen aktiv in den Jugendeinrichtungen auf, berate und begleite sie. Sie informiere u.a. über die Funktionalität von diversen Programmen, was Fake News

seien und entwickle eigene Spiele mit ihnen.

Herr Pauls schlägt vor, dass die Schulen mit der Einschränkung der Handynutzung beginnen sollten. Das würde den Kindern wieder die Möglichkeit eröffnen, den Umgang miteinander zu lernen und zu kommunizieren. Dies setze aber die Unterstützung der Eltern voraus.

Frau Rejf berichtet von ihren Erfahrungen in der Elternschulpflegschaft. Ein Großteil der Eltern habe sich vehement gegen Handyeinschränkungen oder gar Verbote in der Schule geäußert. Auch die Argumentation der Schulleitung, dass die Lehrkräfte durch die ständigen Ermahnungen zur Handynutzung im Unterricht überfordert seien, habe nichts ausrichten können. Sie könne die Ablehnung vieler Eltern zu einem Handyverbot in Schulen nicht nachvollziehen. Gleichzeitig sei an einer Schule auf Initiative des dortigen Kinderparlamentes ein Verbot eingeführt worden.

Frau Haring unterstützt die Ausführungen von Frau Rejf. Sie habe ebenfalls von Schulen gehört, an denen ein Handyverbot auf Wunsch der Schüler*innen eingeführt worden sei.

Herr Török ergänzt, dass auch bei den von ihm begleiteten Jugendfahrten keine Handynutzung erlaubt sei. Obwohl dies den Kindern in den ersten Tagen schwergefallen sei, hätten sie schnell gelernt, sich auf die Situation einzustellen und miteinander zu reden.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 11 Vormundschaften und Pflegschaften - Stellungnahme zum Antrag der Verbände Arbeiterwohlfahrt e.V., Katholischer Verein für soziale Dienste in Aachen e.V. (SKM) und Sozialdienst katholischer Frauen e.V. (SKF) auf Änderung der Leistungsvereinbarung Vormundschaften / Pflegschaften für Minderjährige ungeändert beschlossen FB 45 n/0040/WP18

Frau Frenzel und Frau Birkenbusch verlassen aufgrund von Befangenheit den Beratungstisch.

Herr Tillmann erläutert, dass die SPD-Fraktion den Antrag der Verbände gerne unterstütze. Die Reduzierung der Fallzahlen sei sinnvoll und er bedankt sich bei den Verbänden für die Initiative. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass auch die Stadt Aachen Vormundschaften und Pflegschaften betreue. Daher sei aus seiner Sicht der nächste Schritt, auch in der Verwaltung über eine Fallzahlenreduzierung nachzudenken.

Beschluss:

1. Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.
2. Er beschließt, dem Antrag der freien Verbände zur Änderung der Leistungsvereinbarung Vormundschaften / Pflegschaft für Minderjährige zu entsprechen und die Fallzahlobergrenze auf 30 festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

1. Trägerwechsel der KiTas der evangelischen Kirchengemeinde Aachen

Frau Backhaus berichtet, dass es bei den beiden KiTas Am Kupferofen 17 und Wichernstraße 4 zum 01.08.2025 einen Trägerwechsel von der evangelischen Kirchengemeinde Aachen zum Zentrum Evangelischer Kindertageseinrichtungen Krefeld-Viersen (ZEK) gegeben habe.

Frau Schmitt-Promny erkundigt sich danach, aus welchem Grund die beiden Einrichtungen an einen nicht regionalen Träger übergegangen sei.

Herr Kaldenbach erläutert, dass die Verwaltung keinen Einblick in die Suche der evangelischen Kirchengemeinde nach einem neuen Träger gehabt habe und somit nicht in die Entscheidung eingebunden gewesen sei. Er vermutet, dass die Wahl auf das ZEK gefallen sei, da dieser Verband zentral auch andere evangelische Einrichtungen betreue.

Herr Kreutz bestätigt die Vermutung von Herrn Kaldenbach. Er leite selbst eine evangelische Einrichtung in der Freunder Landstraße in Aachen. In der Region gebe es keinen großen evangelischen Träger. Es habe Überlegungen gegeben, ob sich hier mehrere Träger zu einer gGmbH zusammenschließen könnten. Letztendlich habe sich die evangelische Kirchengemeinde jedoch dazu entschlossen, sich dem ZEK anzuschließen, u.a. weil dort auch eine Fachberatung angeboten werde.

2. Eckpunktepapier zur KiBiz-Revision

Herr Brötz berichte, dass ein Eckpunktepapier des Ministeriums zur geplanten KiBiz-Revision erschienen sei. Die Verwaltung habe hierzu noch keine Ausschussvorlage gefertigt, da sie bislang weder als öffentliche Trägerin der Jugendhilfe noch als Trägerin eigener Einrichtungen offiziell darüber informiert worden sei. Sie habe versucht, das Eckpunktepapier über den Städtetag zu erhalten, dies sei allerdings nicht gelungen. Dennoch seien die Inhalte grob bekannt. Es bestehe eine große Irritation über den bisherigen Verlauf. Am 02.10.2025 werde eine Sondersitzung des Städtetages veranstaltet, die Verwaltung erhoffe sich in diesem Rahmen die notwendigen Informationen. Sobald diese vorlägen, könne eine entsprechende Vorlage eingebracht werden.

Hilde Scheidt
Ausschussvorsitzende

Melanie Olbertz
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin